Preis 10 Pfennig. Abend-Ausgabe.

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2595 und 2896.

Die „Freiheit" erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit" ist im ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zusendung unter Streifband 4 M.

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 1107 und 1108.

Inserate kosten die siebengespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreigespaltene Reklamezeile 3 M., Teuerungszuschlag 30 Pf. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

Jahrgang 1 | Freitag, den 27. Dezember 1918 | Nummer 76

Eine Anfrage an die Regierung.

Die „Münchener Post" richtet an die Regierung die Frage, ob sie bei den Vorkehrungen gegen die Verschleppung deutscher Kapitalien ins Ausland auch daran gedacht habe, daß Kapitalien sehr leicht durch Flugzeuge ins Ausland gebracht werden können. In den letzten Tagen seien Effekten in außerordentlich hohem Werte von Frankfurt aus auf dem Luftwege vor dem Zugriff der deutschen Steuerbehörden in die Schweiz „gerettet" worden.

„Wir können nicht untersuchen," fährt die „M. P." fort, ob das richtig ist, meinen aber, daß die Möglichkeit solcher Entführungen wohl besteht. Es wird die Aufgabe der Finanzfachleute der Regierung sein, sofort einzugreifen und diese Kapitalien dort zu fassen, wo es möglich ist, nämlich in den Bankdepots."

Der liberal-konservative Block.

Eine Rede Helfferichs.

Herr Dr. Helfferich, einst Reichsschatzsekretär, dann Vizekanzler, deutscher Gesandter in Moskau und so weiter, glaubt sich immer noch berufen, in der Oeffentlichkeit eine Rolle zu spielen. Da es in einem Staatsamt nicht mehr geht, versucht er es jetzt im Parteileben. So hat er denn in Stettin in einer von der „Deutschen Volkspartei" (früher Nationalliberale Partei) berufenen Versammlung zum Volke gesprochen.

Es hieße dem Herrn zuviel Ehre antun, wollte man auf alle Ausführungen eingehen, die er machte, obgleich mancher Passus schärfsten Widerspruch und energische Richtigstellung herausfordert. Es kann genügen, festzustellen, daß Herr Helfferich als Resultat seiner Darlegungen ein Zusammengehen zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei (also den ehemaligen Konservativen) forderte. Am liebsten hätte er ja eine bürgerliche Einheitsfront, aber ihm sind die „Deutschen Demokraten", die ehemaligen Fortschrittler, schon so „radikal", daß er mit ihnen ein Bündnis für unmöglich hält. Seine Losung ist: „Front nehmen gegen die Sozialdemokratie aller Richtungen!"

Der Sozialdemokratie kann es natürlich nur angenehm sein, einen Mann wie Helfferich als entschiedenen Gegner zu sehen. Und besonders dankbar muß sie ihm noch sein, daß er so ehrlich die innige Seelengemeinschaft zwischen der angeblich auch demokratischen „Deutschen Volkspartei" und den Konservativen aufgedeckt hat.

Pichon über die Ententepolitik.

Genf, 27. Dezember. Der französische Minister des Auswärtigen Pichon hatte am Dienstag der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten mehrere Stunden lang Auskunft gegeben über die Politik der Entente gegenüber den Zentralmächten in Rußland. Was der Minister über das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland und über dessen fernere Gestaltung geäußert hat, wird allem Anschein nach auf seinen eigenen Wunsch geheimgehalten. Denn die Zeitungen vermeiden jede Anspielung auf diesen Teil seiner Erklärungen. Dagegen gibt die Presse aller Parteien zu, daß nach den Aufschlüssen des Ministers der Plan einer militärischen Expedition der Entente nach Rußland zur Niederwerfung des Bolschewismus aufgegeben worden ist.

Der Deputierte Tachin legt in der „Humanité" die Erklärung des Ministers mit großem Mißtrauen dahin aus, daß die Entente zwar auf einen großen Feldzug gegen Rußland verzichten, aber die Blockade Rußlands in strenger Weise aufrechterhalten wolle, um durch Aushungerung das russische Volk vom Bolschewismus zu befreien.

Die französischen Verluste im Weltkriege.

Paris, 27. Dezember. (Havas.) In der Kammer gab Unterstaatssekretär Abami im Laufe der Besprechung des Gesetzes über die Pensionen folgendes Bild der französischen Verluste bis zum 1. November 1918:

Gesamtziffer der Gefallenen, Gefangenen und Vermißten: 1 [illegible] Offiziere und 1 768 000 Mannschaften; gefallen sind 31 300 Offiziere und 1 049 000 Mannschaften; vermißt sind 3000 Offiziere und 311 000 Mann; die Zahl der lebenden Gefangenen beträgt 5300 Offiziere und 408 000 Mannschaften.

Das Schuldbekenntnis.

R.H. Endlich erfährt heute die Berliner Arbeiterschaft, wer es war, der am Dienstag früh die Truppen gegen die Matrosen anmarschieren ließ und politisch verantwortlich ist für das abscheuliche Blutbad, das da angerichtet worden ist.

Nachdem sie so lange gezögert haben, erklären heute Ebert, Scheidemann und Landsberg, daß sie es waren, die den Befehl zur Heranholung der Truppen gegeben haben. Das Geständnis ist enthalten in einem „Bericht der sozialdemokratischen Volksbeauftragten", den der „Vorwärts" veröffentlicht. Das Dokument lautet:

Was hat sich am 23. und 24. Dezember in Berlin abgespielt?

Auf wen fällt die Schuld an Gewalttat, Straßenkampf und Bruderkrieg?

War es die Regierung, die mit den Mitteln einer „verbrecherischen Gewaltherrschaft" Blut zu vergießen befahl?

War es die Lohnungsforderung der Volksmarine-Division, die das blutige Weihnachtsfest heraufbeschwor? Nein, nicht die Matrosen und nicht die Regierung haben die Schuld!

Urteilt selbst, Genossen!

Folgendermaßen haben sich die Vorgänge abgespielt: Schon am 18. Dezember war ein Uebereinkommen zwischen der Regierung und der Volksmarine-Division zustande gekommen, wonach die Matrosen gegen andere Zugeständnisse das Schloß räumen und ihren Mannschaftsbestand herunterset[illegible] sollten.

Am 23. Dezember vormittags verhandelte der Volksbeauftragte Genosse Ebert aufs neue mit dem Genossen Tost und zwei Vertretern des Hauptausschusses der Marine in Wilhelmshaven. Dabei ist auch die Differenz mit der Volksmarine-Division besprochen worden. Das Ergebnis war die Verabredung, alle Differenzpunkte am 27. Dezember in gemeinsamer Sitzung durchzuberaten und bis dorthin alles zu tun, um die Ruhe aufrechtzuerhalten.

Matrosen und Regierung waren sich also einig. Dennoch erschienen am Nachmittag bewaffnete Matrosen bei den Genossen Ebert und Landsberg und teilten ihnen den bekannten Befehl mit: das Reichskanzlerhaus zu sperren und die Telephongentrale zu besetzen! Die Reichsregierung als Gefangene ihrer eigenen Wache! Die wichtigsten Regierungsgeschäfte, darunter unaufschiebbare der Waffenstillstandskommission verzögert! Warum? Die Matrosen, die den Befehl ausführten, wußten selbst keinen Grund anzugeben. Sie beriefen sich nur auf den Befehl ihres Führers Dorenbach! Der hatte den Mut gehabt, die deutsche Regierung vor der ganzen Welt unheilbar zu kompromittieren, indem er ihre Regierung festsetzte.

Warum? Darauf wußte auch der Führer der Wache im Reichskanzlerhaus, Kamerad Junge, keine Antwort, als er vom Schloß zurückkam und die Bescherung vorfand. „Wäre ich dagewesen", so sagte er, „dann wäre der Befehl nicht ausgeführt worden".

Aber die Drahtzieher und Verhetzer trieben ihr frevelhaftes Spiel weiter. Die Sperre über das Reichskanzlerhaus war keine Stunde aufgehoben, als sie von derselben Stelle, von Dorenbach, aufs neue verfügt wurde. Aber damit nicht genug: der Herr veranlaßte auch die Verhaftung des Stadtkommandanten Wels und seiner Adjutanten.

Neue Verhandlungen begannen, wieder waren sich alle vernünftigen Elemente darin einig, daß jedes Blutvergießen zu vermeiden sei. Genosse Tost vom Vollzugsausschuß bemühte sich um eine Verständigung. Güsten von der Matrosendivision sagte, die Regierung habe recht, er sehe ein, daß Wels, Fischer und Gongarz freigelassen werden müßten, sonst käme es zu Blutvergießen, ja vielleicht zum Sturz der Regierung und damit zum Einmarsch der Entente.

Die Regierung, obwohl aufs ungeheuerlichste vergewaltigt, und durch die eigenen Volksgenossen bloßgestellt, kam den von dunklen Elementen mißbrauchten Matrosen in jeder Weise entgegen und war zu jeder Verständigung bereit, wenn nur Blutvergießen vermieden werde. Den auf die Republik vereidigten Truppen, die zum Schutz der Regierung herbeigeholt waren, ward jede gewaltsame Handlung verboten. Schließlich kam es am späten Abend noch einmal zu einer Einigung: die Matrosen verpflichteten sich zur Freilassung Wels' und seiner Adjutanten und zur Räumung des Schlosses, in dem nach dem Bericht des unabhängigen Finanzministers Simon, seit der Besetzung durch die Marine außerordentliche Werte des Volksvermögens vernichtet wurden und verschwunden sind.

Die Regierung hatte getan, was sie tun konnte. Wer verhinderte nun auf der anderen Seite die Ausführung des Uebereinkommens?

Um 11 Uhr, um 12 Uhr, um 1 Uhr nachts wurde mit Schloß und Marstall telephoniert. Immer noch war Wels nicht freigelassen. Die Regierung wartete, Truppen, die aus Potsdam im Anzuge waren, wurden zurückgeschickt, überall zur Ruhe gemahnt. Um 1 Uhr morgens kam von einem Führer der Volksmarinedivision aus dem Schloß die telephonische Meldung:

„Ich kann für das Leben von Wels nicht mehr garantieren!"

Auf diese Nachricht hin, daß ein Mann, den die Regierung auf den schwersten Posten gestellt hatte, von seinem Meuchelmord bedroht sei, daß die besonnenen Führer und Kameraden von der Marine nicht mehr die Herrschaft hätten über die, welche auch vor einem verbrecherischen Totschlag nicht zurückschrecken, gaben die drei allein noch anwesenden Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg die Weisung an die zuständige militärische Kommandostelle, das Nötige zu veranlassen, um das Leben des Genossen Wels zu retten und ihn zu befreien.

Der Terror hatte, trotz der Besonnenheit der Männer von der Marine, mit denen die Regierung verhandelt hatte, gesiegt! Wenn die Volksvertretung nicht schimpflich ihre Pflicht vernachlässigen und die Republik in der ganzen Welt dem Gespött und der Verachtung preisgeben wollte, mußte eingegriffen werden.

Zwei Tatsachen stehen fest:

Die Volksbeauftragten wollten, wie immer, jedes bewaffnete Vorgehen vermeiden. Das ist ihnen ja oft genug, nicht nur aus weitesten Kreisen der Arbeiter vorgeworfen worden.

Die Führer der Volksmarinedivision, die mit der Regierung verhandelten, wollten die Einigkeit herstellen und haben das nach dem Straßenkampf aufs neue durch die Zusicherung bewiesen, sich an keinerlei Aktion mehr gegen die Regierung zu beteiligen.

Trotzdem die Mißhandlung, die Todesdrohungen, ja das Todesurteil gegen Wels! Trotzdem die neuen Verhetzungen gegen die Männer der Mehrheitspartei in der Regierung, die Lügen und Verleumdungen!

Welcher Teufel hat dies blutige Unkraut in den Weizen gesät? Wer — so fragen wir an der Hand dieser authentischen Darstellung nochmals —, wer will es nicht zu Frieden und Zusammenarbeit kommen lassen? Wer hat es verstanden, jeden Vertrag zu einem Blatt Papier zu machen?

Die sind es und die klagen wir an, welche Tag für Tag unsern Genossen in der Regierung alle Verbrechen angedichtet haben! Die kein anderes Wort mehr kennen als „Bluthund" und selbst im Blut waten! Die angeblich für die Revolution kämpfen und nichts anderes wollen als Vernichtung, Anarchie, Terror! Denen die russische Wüste und ihr verhungerndes Volk noch nicht genug sind, die noch eine Wüste anstreben: Deutschland! Die Weltrevolution predigen und nur eines erreichen werden: Weltuntergang!

Genossen! Hier habt Ihr den Bericht über die Handlungen Eurer Vertrauensmänner in der Regierung. Ihr müßt das Urteil sprechen, denn durch Euer Vertrauen heißen wir Volksbeauftragte! Wenn Ihr uns Entlastung erteilt, müßt Ihr aber noch ein weiteres tun: Ihr müßt uns Macht schaffen!

Es gibt keine Regierung ohne Macht! Ohne Macht können wir Eurem Auftrag nicht ausführen! Ohne Macht sind wir jedem preisgegeben, der verbrecherisch genug ist, für den eigenen jämmerlichen Ehrgeiz seine Kameraden und ihre Waffen zu mißbrauchen!

Wollt Ihr die deutsche sozialistische Republik? Wollt Ihr, daß Eure Parteigenossen in Eurem Auftrag die Regierung führen?

Wollt Ihr, daß wir für Euch so schnell wie möglich Frieden schließen und für die Lebensmittelzufuhr sorgen? Dann helft uns, der Regierung eine Volksmacht zu schaffen, daß sie ihre Würde, ihre Entschlußfreiheit, ihre Tätigkeit gegen Anschläge und Putsche schützen kann.

Der 24. Dezember hat uns ungeheure Werte an Volksvermögen und Volksansehen gekostet.

Noch ein solcher Tag, und wir verlieren den Rang eines Staates, mit dem man verhandelt und Frieden schließt!

Eine Regierung, so sagte Genosse Ebert, zu den Vertretern der Volksmarinedivision, die sich nicht durchsetzen kann, hat auch kein Recht auf Existenz!

Helft ihr dies Recht verteidigen!

Jeder Mann ein Kämpfer für dies Recht!

Schon daß Ebert und seine Freunde so lange gebraucht haben, um die Verantwortung für die blutigen Vorfälle zu übernehmen, beweist, wie schwer ihnen selbst diese Verantwortung wird. Und in der Tat bestätigt ihr larmoyanter Rechtfertigungsversuch nur die schlimmsten Vermutungen.

Ueber den ersten Teil der Darstellung braucht nicht mehr viel gesagt zu werden. Ihre Einseitigkeit springt in die Augen. Die unglückselige Rolle, die Wels bei der Entstehung des Konflikts gespielt hat, wird verschwiegen, über sein ebenso ungeschicktes wie provokatorisches Auftreten der Mantel der Parteifreundschaft gebreitet. Die Darstellung bestätigt aber, daß die Verhandlungen

geführt, der Zwischenfall vergelegt war, es sich nur mehr nicht etwa um die Freilassung des Wels, sondern nur um deren Zeitpunkt handelte.

In der Tat waren Montag abend alle an den Verhandlungen Beteiligten, auch unsere Genossen in der Regierung, der Meinung, daß der Zwischenfall erledigt sei. Erst jetzt geben uns Ebert und seine Freunde eine neue Darstellung.

Sie erzählen, um 1 Uhr nachts von einem „Führer der Volksmarinedivision" die telephonische Meldung erhalten zu haben: „Ich kann für das Leben von Wels nicht mehr garantieren." Daraufhin hätten sie, um das bedrohte Leben von Wels zu retten, den Befehl zum militärischen Einschreiten gegeben.

Da hätten wir also den Unbekannten, der in allen üblen Kriminalprozessen die große Rolle spielt. Warum wird der Name nicht genannt? Wer ist dieser „Führer"? Ein Unbekannter!

Und das genügt. Die telephonische Mitteilung reicht aus, einen in seinen Folgen unübersehbaren Befehl zu geben. Ebert, Scheidemann und Landsberg sehen ihre Pflicht für erfüllt an und lassen dem Verhängnis seinen Lauf.

Ein solches Vorgehen wäre unter allen Umständen ganz unverantwortlich gewesen. Ebert und die andern haben nicht einmal den Versuch gemacht, sich über die Wahrheit der Meldung Gewißheit zu schaffen. Sie nehmen die telephonische Meldung hin, ohne zu versuchen, selbst oder durch Vertrauenspersonen mit den Matrosen sich in Verbindung zu setzen, mit den Matrosen, die sich ja zur Freilassung von Wels verpflichtet hatten. Sie halten ihre Autorität als Regierung für bedroht und lassen marschieren.

An der ganzen Räubergeschichte ist kein Wort wahr. Als die Führer der Matrosen ins Schloß zurückkamen und das Resultat der Verhandlungen erfuhren, fürchteten sie, erregt und vom Mißtrauen erfüllt, wie sie waren, daß die Zusagen wieder nicht gehalten würden, und wollten Wels nicht sofort freilassen. Das wurde Wels vorgestellt und Wels selbst erklärte sich damit einverstanden, die Nacht über im Schloß zu verbleiben. Früh sollte er freigelassen werden und wurde von den Matrosen selbst in Freiheit gesetzt. Nachts wurde er in einem wohnlichen Zimmer gelassen, sein Leben war nicht bedroht.

Es wäre ein Leichtes gewesen, diesen Sachverhalt aufzuklären. Aber Ebert und seine Freunde hatten offenbar den Kopf völlig verloren und sahen in ihrem Autoritätsdünkel keinen anderen Weg als den der Gewalt. Ihre Unüberlegtheit, ihr Mangel an Umsicht, ihr Wahn, vor allem die Autorität zu wahren, haben zu dem Blutbad geführt. Sie, die Sozialisten, handelten in revolutionären Zeiten, wo jeder falsche Schritt verhängnisvoll wirken muß, aus derselben autoritär-bureaukratischen Psychologie heraus wie die fluchbeladenen Vertreter des alten Systems — und mit demselben traurigen Erfolg.

Gegenüber dieser unzweifelhaften Feststellung der Schuld treten alle anderen Momente in die zweite Reihe. Sie sind aber schwerwiegend genug, um diese Schuld noch zu vergrößern.

Vor allem, mit welchem Recht haben die drei Vertreter der Rechtssozialisten in einer so schwerwiegenden Frage allein, auf eigene Faust gehandelt, ohne die drei anderen Regierungsmitglieder zu verständigen? Daß sie nicht mehr im Reichskanzlergebäude waren, ist kein Grund. Erreichbar waren sie, wenn man nur wollte. Ist da der Verdacht nicht geradezu zwingend, daß Ebert nicht wollte? Daß er unsere Genossen vor die vollendete Tatsache stellen wollte? Hätte man nur den Sieg über die Matrosen, den man für selbstverständlich hielt, erst in Händen gehabt, dann hätten die Unabhängigen wohl die Regierung verlassen müssen, Ebert und seine Freunde aber wären dann die starke Regierung gewesen, die unter dem Jubel des Bürgertums bewiesen hätten, wie man mit Hilfe der Armee Ruhe und Ordnung herstellen können. Ihr Vorgehen gegen die anderen Regierungsmitglieder war im höchsten Maße unloyal.

Die Matrosen haben anders gehandelt. Sie haben in später Nachtstunde Ledebour aus seiner Wohnung in Steglitz geholt, damit er als ihr Unterhändler den Rest von Schwierigkeiten beseitige. Sie haben anständig gehandelt und vernünftig gehandelt. Können das Ebert, Scheidemann und Landsberg von sich auch behaupten?

Doch weiter. Nachdem Ebert und seine Freunde den Befehl dem Generalkommando gegeben hatten, haben sie sich dann um die Ausführung gar nicht gekümmert?

Ahnten sie nicht, wie solche Befehle ausgeführt werden? Kannten sie das Ultimatum, wußten sie, daß dann das Artilleriefeuer eröffnet würde? Entweder sind sie wieder der gröbsten Fahrlässigkeit schuldig, oder aber, sie wußten, was kommen würde, haben es trotzdem nicht verhindert und dann sind sie diejenigen, auf denen die Blutschuld lastet.

So stehen die Dinge. Sie sind klar und keine Untersuchung wird die Verantwortlichkeit verdunkeln. Es nützt nichts, daß die Ebert und Genossen in den Versuch zurückfallen, ihre Schuld dem Spartakusbund in die Schuhe zu schieben. Dazu stehen sie eben auf ihrem Posten, um auch in den schwierigen und kritischen Situationen, die die Revolution, jede Revolution schafft, mit Umsicht und Besonnenheit zu handeln. Aber ihnen fehlt die Gesinnung, in der revolutionäre Führer handeln müssen.

Ihr Bericht klingt aus in den Ruf: „Ihr müßt uns Macht schaffen!" Sicher, auch eine revolutionäre Regierung bedarf der Macht. Aber sie muß diese Macht auch richtig anzuwenden verstehen. Ebert hatte ja am Dienstag die Macht. Aber er machte von ihr eine Anwendung, daß ihm und seinen Freunden vor den Folgen zu grauen begann und sie nun gezwungen waren, den Weg zu betreten, den sie nie hätten verlassen dürfen, den Weg der Verhandlungen, von Verhandlungen, die getragen sein müssen vom Vertrauen in die revolutionäre Sache und ihre Träger. Dieses Vertrauen mangelt den Vertretern der Rechtssozialisten und der Regierung. Sie schielen immer nach der Gewalt, die ihnen die unbequemen Dränger abhalten soll. Das bestimmt ihre Politik der Rücksicht auf die bürgerlichen und namentlich auf die militärischen Kreise, das macht ihnen die Erfüllung der Soldatenforderungen so antipathisch, und das führt in kritischen Situationen zur Katastrophe.

Es ist klar, daß diese Gesinnung, die nicht sozialistisch und nicht revolutionär ist, einen tiefen Gegensatz zu dem Geiste bildet, in dem allein unsere Genossen in der Regierung ihre Arbeit leisten können. Die Erklärung Eberts und seiner Freunde hat daher die Kabinettskrise akut gemacht. Die weitere Zusammenarbeit der beiden sozialistischen Parteien ist in Frage gestellt.

Die letzte Entscheidung steht beim Zentralrat. Auf ihm lastet die große Verantwortung, zu verhüten, daß der Revolution Schade geschieht, daß eine Entwicklung eingeleitet wird, die den Kampf gegen links bedeutet und den Anschluß der mehrheitssozialistischen Führer an die Bourgeoisie anbahnt.

Wir haben kein Hehl daraus gemacht, daß uns zur Sicherung der Revolution und des Sozialismus die Mitarbeit beider sozialistischen Parteien nötig erscheint, so lange dort in sozialistischem Geiste gewirkt werden kann. Die Erklärung Eberts und seiner Freunde widerspricht diesem Geiste. Wir haben das Bewußtsein, unbeirrt durch alle Angriffe von rechts und von links unsere Pflicht getan zu haben. Deckt der Zentralrat die Mitglieder der Regierung, deren Verhalten zu dem Blutbad geführt hat, deckt er eine Politik, die in ihren Konsequenzen der sozialistischen Sache schädlich ist, so werden wir unsere Pflicht außerhalb der Regierung erfüllen.

Wels und Ernst.

Zu den Kämpfen um Schloß und Marstall sowie den Weihnachtsdemonstrationen gegen den „Vorwärts" kann noch folgendes nachgetragen werden:

Eine Darstellung von Otto Wels.

Der gewesene Stadtkommandant Otto Wels hat einem Vertreter der D. A. K. nach seiner Befreiung aus dem Marstall folgende Darstellung über die Vorgänge gegeben, die zu dem Matrosenputsch führten:

Alle Ausführungen, die über die Vorgänge am 23. und 24. gegeben worden sind, sind nur zum Teil richtig, besonders die, daß ich um 2 Uhr nachmittags abgelehnt habe, mit einer Vertretung der Matrosen zu verhandeln, und sofort alarmiert hätte. In Wahrheit war ich am 23. bis nachmittags 4 Uhr in einer Konferenz im Gewerkschaftshaus zur Vorbereitung der Wahlen für die deutsche und preußische Nationalversammlung. Erst als ich wieder längere Zeit in der Kommandantur war, erhielt ich aus der Reichskanzlei auf Umwegen die Mitteilung, daß die Regierung durch Matrosen vom Telephonverkehr abgeschnitten sei und Dorrenbach der dortigen Matrosenwache den Befehl gegeben hatte, niemand ein oder aus zu lassen. Zugleich kam die Meldung, daß die Matrosen im Marstall marschbereit hätten. Ich setzte mich sofort persönlich mit drei in der Nähe liegenden Kommandostellen in Verbindung, um Truppen zum Schutze der Reichskanzlei zu erwerben. Als ich in die Kommandantur zurückging, sah ich, daß die Matrosen in Richtung auf das Brandenburger Tor vorüberzogen. Erst darauf gab ich den Befehl zum allgemeinen Alarm und verließ das Haus, um zur Reichskanzlei zu den dorthin bestellten Truppen zu fahren. Auf der Straße kam eine Gruppe Matrosen und forderte mich auf, zu verhandeln. Da mein Adjutant Fischer mir zurief, er habe die Matrosen zu Verhandlungen bestellt, ging ich mit in die Kommandantur. Matrosen drängten hinterher. Zuerst wurde über die Geldfrage gesprochen, dann erfolgte die Verhaftung. Es gelang mir jedoch vorher noch die Mitteilung aus der Kommandantur zu geben, daß wir eingeschlossen waren und um Entsatz bäten. An der Aktion der Matrosen nahmen auch Sicherheitstruppen des Polizeipräsidiums teil. Die Truppen, die uns zu Hilfe kommen sollten, trafen zu spät ein.

Als ich am nächsten Tage vormittags aus der Haft entlassen wurde, gellte der Ruf durch den Marstall: „Alles draußen antreten, der Marstall wird geräumt, Wels ist freizulassen!"

Ebenso meldete der Parlamentär dem Kommandeur der Truppen in der Universität: „Schloß und Marstall würden geräumt, die Waffen seien bereits niedergelegt, die Matrosen von außerhalb seien zur Abreise bereit. Wels sei entlassen und die Matrosen erwarteten Straffreiheit. Darauf wurden Truppen nach dem Marstall kommandiert, um die Waffen in Empfang zu nehmen. Dort hatte man sich aber die Sache wieder überlegt und verweigerte nun die Waffenstreckung.

Die Räumung des Schlosses hatte ich zu fordern:

1. Auf Grund eines Beschlusses des gesamten preußischen Staatsministeriums vom 12. Dezember. Eine Denkschrift des Finanzministeriums über die bis in die allerletzten Tage erfolgten Plünderungen im Schloß war beigefügt und von den Ministern persönlich unterzeichnet.
2. Auf Grund eines Beschlusses des Rats der Volksbeauftragten unterzeichnet von allen 6 Mitgliedern, erst nach Räumung des Schlosses und Uebergabe des Schlüssels an die Kommandantur 80 000 Mark an die Volksmarinedivision zu zahlen.

Dies sind zwei offene klare Befehle, zu deren Durchführung ich verpflichtet war, und für die ich mich mit aller Kraft einsetzte. Nur um die Machtmittel der Regierung und der Kommandantur zu stärken, habe ich getan, was notwendig war gegen offene und noch schlimmere versteckte Gegner.

Wels glaubt am Schlusse noch feststellen zu müssen, daß ihm ein Beschluß der Regierung, wonach er seines Amtes enthoben sei, nicht zugegangen wäre. Aus den Vereinbarungen, die mit den Matrosen getroffen wurden, geht aber klar und deutlich hervor, daß Wels sich nicht mehr als Stadtkommandant zu betrachten hat, und das dürfte einstweilen genügen.

Im übrigen erbringt die Darstellung von Wels nichts Erhebliches, um das Bild der Vorgänge, wie man es bisher gewonnen hatte, abzuändern.

Das Tageblatt rückt von Wels ab.

Das „Berliner Tageblatt", das in den letzten Wochen wahrlich genug und übergenug bewiesen hat, daß es mit seinen Sympathien ganz wo anders steht als auf der Seite der entschlossenen Revolutionäre, schreibt zu den von uns in der Morgennummer wiedergegebenen Darlegungen von Lost und Spiero

„In jedem Falle ist es unverständlich und sehr bedauerlich, daß um einer solchen gleichgültigen Formalität willen ein schwerer Konflikt heraufbeschworen werden konnte. Wenn sich die Gardetruppen zu einem großen Teil, ohne das Vorgehen der Matrosen zu billigen, doch auf ihre Seite gestellt haben, so ist das auf diesen Ursprung der Affäre zurückzuführen, der ihnen bekannt war und der erst seither der Oeffentlichkeit bekannt geworden ist. Das Auftreten der Matrosen, besonder vor und in der Reichskanzlei, bleibt unentschuldbar, aber Herr Wels scheint doch auch

Warum ich aus Deutschland ging.

Von Georg Friedrich Nicolai.

Der wegen seiner Kriegsgegnerschaft von den deutschen Militärbehörden verfolgte Professor der Physiologie an der Berliner Universität, dessen Werk über die Biologie des Krieges hier kürzlich ausführlich behandelt worden ist, floh im Sommer dieses Jahres im Flugzeug nach Dänemark. Wir beginnen nachstehend mit dem Abdruck einer kurz darauf gedruckten Bekenntnisschrift Nicolais, die vor der Revolution in Deutschland nicht veröffentlicht werden konnte, aber auch heute noch von außerordentlichem Interesse ist.

I.

Einst kommt vielleicht der Tag, wo ein Volk, eine Sprache und eine Sitte die Erde beherrscht; aber noch ist es nicht so weit — noch längst nicht so weit, und auch der begeisterste Anhänger einer internationalen politischen Verbrüderung wird dankbar anerkennen, wie fest seine Kultur in heimatlicher Sprache und in klimatischen Gewohnheiten wurzelt. Nur im Mutterlande findet er — vielleicht seltenes — aber doch tiefstes Verstehen, nur dort hat er die Möglichkeit unmittelbarer Wirkung! — Je mehr aber einem Menschen die Kultur Lebensbedürfnis ist, desto stärker wird er die Heimat vermissen: Der Proletarier taucht leicht in dem gleichartigen Niveau des Nachbarlandes unter, der geistig Arbeitende aber vermag nur schwer jenes sichere, selbstverständliche Mitdenken zu entbehren, das ihm nur der gleichartig Sprechende und gleichartig Erzogene entgegenbringen kann.

Ich sehne mich nach meinem größeren Vaterland Europa, aber ich weiß, ich könnte Deutschland, mein Mutterland, niemals vergessen; — und, als ich seine Grenze überschritt, da wollte ich mich auch nicht von ihm trennen, denn ich fühle ja nur zu gut, daß ich jene unverlierbaren Zusammenhänge gar nicht aufgeben kann, die mich durch Sprache, Kultur, Freundschaft, Blut- und Wahlverwandtschaft mit denen verknüpfen, die seit Tausenden von Jahren im Herzen Europas als Deutsche gemeinschaftlich leben und arbeiten. Ich hat es im Gegenteil, um mir den Kampfplatz zu wählen, wo ich mich in freier Selbstverantwortlichkeit dafür bemühen kann, daß Deutschlands Größe (so wie ich sie verstehe) in alter Herrlichkeit sich erneuere und, eingeordnet der entstehenden, allgemeinen Kulturorganisation, ein nützliches Glied der großen Europäischen Bruderfamilie werde.

Gerade weil ich ein Deutscher bin, weil ich mich als geistiger Nachkomme unserer großen Humanisten fühle, glaube ich verpflichtet zu sein, den uns gebührenden besonderen Platz im Rate der Völker zurück zu erobern, ihn zu verteidigen gegen die augenblicklichen Gewalthaber, die mit machtlüsterner Hand das Wertvollste des deutschen Geistes anzutasten gewagt, und die Enkel eines Goethe und Kant zu unheiliger Tartaren-Politik verführt haben. Ich glaube wir „weltseitigen" Deutschen, die wir heute unter dem Lärm der Waffen noch viel vereinzelter scheinen, als wir vielleicht in Wirklichkeit sind, verkörpern Deutschland besser, als irgend ein Ludendorff, oder wer sonst offen oder heimlich die Zügel führt.

Diese meine innerste Ueberzeugung, die ich nach reiflicher Ueberlegung als rein und makellos erkannt habe, gibt mir das subjektive Recht zu dem schweren Schritt, Heimat und Freunde, Wirkungskreis und Berufsarbeit, Familie und Stellung gegen das ungewisse Los des Landflüchtigen einzutauschen. — Aber habe ich auch objektiv das Recht, gegen diejenigen aufzustehen, die zur Stunde noch Deutschlands Macht repräsentieren? —

Zwar weiß ich, daß Tausende, ja Millionen der Besten unter meinem Volke heimlich gleich mir empfinden, daß sie nichts in der Welt so sehnlich wünschen, als daß diejenigen, die heute Deutschlands Geschick bestimmen, keine dauernde Gewalt erlangen, und daß die Militärpartei weder nach innen noch nach außen den verderbenbringenden Sieg gewinne. — Aber — in einem Rechtsstaat sind die Wege vorgezeichnet, auf denen der einzelne seinen Willen zum Ausdruck bringt. — Und mein Weg ist ein anderer gewesen!

Es fragt sich also: Ist Deutschland ein Rechtsstaat?

Das ist nun im Augenblick ganz offenbar nicht der Fall:

Verfassung und Recht sind überall durch Willkür ersetzt. Trotz der klaren Bestimmungen, die die Verhängung des Belagerungszustandes nur in den vom Feinde unmittelbar bedrohten Landesteilen erlauben, herrscht dieser Ausnahmezustand seit vier Jahren überall in dem von Feinden so gut wie nirgends unmittelbar bedrohten Deutschen Reiche — die sogenannte Schutzhaft bedeutet die Rückkehr zu den illegitimen „lettres de cachet", die ja schon einmal manchen rechtlich denkenden Mann zum Revolutionär gemacht haben — der ungeheure Druck einer skrupellosen und dabei törichten Zensur auf Schrift, Rede und Versammlung wird durch keinen Gesetzesparagraphen entschuldigt (unterliegen doch sogar, entgegen den ausdrücklichen Worten der Verfassung die Stenogramme des Deutschen Reichstages der willkürlichen Verstümmelung) — selbst das Kronjuwel der preußischen Verfassung (man könnte fast sagen ihr Solitär) jener berühmte § 30, der die Wissenschaft und ihre Lehre für frei erklärt, wurde heute aufgehoben! — Vor allem aber hat, ganz im allgemeinen, die verfassungsmäßige, gesetzliche Regierung des Reiches nichts mehr zu sagen, sondern einzig herrscht der Säbel in gepanzerte Faust, von dem niemand recht weiß, wer ihn eigentlich führt! — Sicherlich nicht der Deutsche Reichskanzler, der verfassungsgemäß verantwortlich ist, und sicherlich auch nicht der Deutsche Kaiser, dem doch formell der Oberbefehl im Kriege übertragen ist; denn seine Reden unterliegen ja einer mindestens ebenso strengen Zensur, wie die irgend eines anderen obskuren Demagogen.

Man kann also nicht einmal sagen, der heutige Zustand sei eine Konsequenz der kriegerischen Lage; denn gerade diejenigen Bestimmungen sind verletzt, die verfassungsgemäß dazu dienen sollten, Deutschland dem Kriegszustande anzupassen.

Herrscht aber in einem Land solch nirgends faßbarer und doch allgegenwärtiger Tyrannus — nicht kraft irgend eines Gesetzes, sondern einfach kraft der Gewalt, die sich der Bewehrte über den Unbewehrten anmaßt, so ist es das Gegenteil von dem, was wir Rechtsstaat nennen.

Deutschland ist also de facto kein Rechtsstaat mehr; da es aber de jure einer sein sollte, so folgt daraus das unzweifelbare Recht, sich gegen diesen Zustand mit allen Kräften zu erheben.

In erster Reihe kommt allerdings dieses Recht und diese Pflicht den erwählten Vertretern des Volkes zu. Sie aber, die natürlichen Schirmherren der Verfassung, haben auf dieses Recht verzichtet, ohne in genügender Weise zu bedenken, daß sie damit auch eine Pflicht vernachlässigten. Ich will die Gründe dieses Verhaltens nicht prüfen, bei vielen mögen sie in einer falschen Ideologie begründet sein, bei vielen aber auch sicherlich in Bequemlichkeit und Feigheit. Jedenfalls weiß ich, daß zahlreiche Volksvertreter diesen verfassungslosen Zustand privatim für eine unheilvolle Ungeheuerlichkeit halten, öffentlich aber die Kredite für die Fortdauer dieses Zustandes bewilligen.

Die Militärregierung hat eben leider zur Zeit ungeheure Gewalt über die Geister. Sie kann kraft ihrer tatsächlichen Machtbefugnisse jeden einzelnen fast vollkommen willkürlich in den Tod des Schützengrabens schicken, oder ihm auf sicherem Posten ein bequemeres Dasein gewähren; sie kann seine wirtschaftliche Existenz glatt vernichten, oder ihm lukrative Lebensbedingungen

mit sehr wenig Ueberlegung und Voraussicht operiert zu haben"

Herr Weis sollte nun endlich auch selbst einsehen, daß er das Besseres nun kann, als möglichst bald von der Bildfläche, wenigstens aus dem Bereich der Kommandantur, zu verschwinden — mit und ohne Zuteilung eines formellen Regierungsbeschlusses.

Eugen Ernst über die „Vorwärts"-Besetzung.

Ueber die Vorgänge vor und in dem „Vorwärts"-Gebäude gab Minister Ernst der „Telegraphen-Union" folgende Schilderung:

Um 5½ Uhr langte ein großer Zug Spartakusleute vor dem „Vorwärts" an und versuchte, sich Eingang zu verschaffen. Die Sicherheitsmannschaften hatten die großen Torwegstüren verschlossen; doch wurden diese mit Dietrichen von der Menge geöffnet. Die schwache Sicherheitsmannschaft konnte dem Ansturm der Menge nicht standhalten, da die wachhabenden Soldaten angeblich vom Polizeipräsidenten Eichhorn die Weisung hatten, nicht zu schießen. Im Gebäude fand die Menge bei der Durchsuchung auf einem Hofe ein Panzerautomobil und ferner noch angeblich 14 Maschinengewehre. Das Panzerautomobil und die Maschinengewehre wurden aus dem Gebäude des „Vorwärts" unter lauten Bravorufen der Menge fortgebracht. Da sie die Türen nach den Kontoren und Buchdruckereiräumen des „Vorwärts" geschlossen fanden, begaben sich ungefähr 50 Mann in die Wohnung des im Nebengebäude des „Vorwärts" wohnenden Ministers Ernst und begehrten, mit ihren Gewehrkolben gegen die Tür schlagend, Einlaß.

Minister Ernst sah sich genötigt, ihnen zu öffnen. Es gab eine erregte Auseinandersetzung, da die Revoltierenden verlangten, daß Minister Ernst ihnen die Schlüssel zu allen Bureaus und zu den Buchdruckereiräumen des „Vorwärts" aushändige. Da er dies nicht gutwillig tun wollte, wurde er gezwungen, so wie er ging und stand, die Soldaten zu begleiten. Er wurde auf den Hof des „Vorwärts" geführt, und man suchte ihn nochmals zu zwingen, die Schlüssel auszuhändigen. Er antwortete, daß er diese nicht hätte; aber auch, wenn dies der Fall wäre, sie nicht aushändigen würde. Die Soldaten hätten ja ihre Gewehre und könnten ihn erschießen, sie könnten ihn aber nicht zu einer Handlung zwingen, zu der er sich nicht zwingen lassen wolle. Darauf wurde er wieder in seine Wohnung zurückgeführt und unter Bewachung gestellt. Er wurde daran behindert, telephonisch Schutz zu erbitten und auch Anrufe, die er telephonisch erhielt, zu beantworten. Als er nach einer Stunde noch immer an seiner freien Bewegung verhindert wurde, verlangte er, daß alle Mannschaften seine Räume verlassen sollten. Ein Abgesandter, der sich mit den Aufrührern in Verbindung setzte, kam bald darauf zurück und sagte, Liebknecht und Rosa Luxemburg seien jetzt im „Vorwärts" und berieten über die ganze Angelegenheit, er solle sich noch gedulden. Kurze Zeit darauf kam ein Abgesandter vom Polizeipräsidenten Eichhorn mit der Bestellung zu Minister Ernst, er wäre jetzt frei. Polizeipräsident Eichhorn hätte mit seinen Sicherheitsmannschaften den „Vorwärts" besetzt und die Spartakusleute aus demselben entfernt. 12 Leute, die sich im „Vorwärts" verschanzt hatten, konnten nicht entfernt werden, würden aber auch keinen Schaden anrichten können, da sie von den Eichhornschen Leuten bewacht werden.

Es kann im Augenblick nicht nachgeprüft werden, wie weit diese Darstellung von Eugen Ernst wirklich den Tatsachen entspricht. Manches scheint darauf hinzudeuten, daß in ihr die Farben doch reichlich stark aufgetragen sind. Es wäre schließlich bei der Erregung, in die Eugen Ernst zweifellos versetzt wurde, begreiflich. Im übrigen haben wir bereits erklärt, daß die Besetzung des „Vorwärts" nicht unsere Billigung erhalten konnte. Und wir würden es natürlich auch nicht billigen können, wenn dabei dem Minister Ernst in übler Weise mitgespielt worden sein sollte.

Keine weiße Garde.

In den „Schlachtberichten" der bürgerlichen Presse über die Beschießung des Marstalles war neben vielen Unwahrheiten u. a. auch die Behauptung aufgestellt, die republikanische Soldatenwehr habe an den Kampf gegen die Matrosen tätigen Anteil genommen, ja in einigen Blättern stand sogar zu lesen, die Soldatenwehr habe das eigentliche Vorgehen gegen die Matrosen veranlaßt und das schimpfliche Ultimatum abgeschickt.

Wir sind ermächtigt, festzustellen, daß die republikanische Soldatenwehr lediglich die Zugänge zu dem Kampfplatz absperrte und die angrenzenden öffentlichen Gebäude sicherte. An dem Kampf gegen die Matrosen beteiligte sich lediglich die in der Universität einquartierte Weiße Garde des Herrn Suppe, die aus aktiven Unteroffizieren besteht und der republikanischen Soldatenwehr allerdings angegliedert ist. Die gesamten Soldatenräte Berlins haben seinerzeit gegen die Gründung dieser „Suppegarde" Stellung genommen und gegen die Gründung besonderer Formationen zum Schutze der Republik protestiert, weil sie mit Recht annehmen, daß hinter derartigen Gründungen eine besondere Absicht stehe. Aber wie so viele berechtigte Forderungen bei dem Gott sei Dank gewesenen Stadtkommandanten Weis kein Gehör fanden, hat er nicht nur die Gründung der aus aktiven Unteroffizieren bestehenden Schutzgarde gutgeheißen, sondern sie auch noch eifrig gefördert.

Die republikanische Soldatenwehr macht in ihrer Mehrzahl aus ihrer Sympathie für die Matrosen keinen Hehl, ein gewisser Teil hat sogar die kämpfenden Matrosen in jeder Weise unterstützt.

Keine Demonstration der Mehrheitspartei.

Die sozialdemokratische Bezirksorganisation Groß-Berlin gibt in der heutigen Morgen-Nummer des „Vorwärts" bekannt, daß die gestern abend in Charlottenburg durch Flugblätter angekündigte Demonstration auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden sei.

Die Erfassung von Hamsterlagern.

Der Staatssekretär des Reichsernährungsamts hat nunmehr in einem Rundschreiben an die Bundesregierungen die vor kurzem angekündigten Richtlinien aufgestellt, die bei einer etwaigen Erfassung der sogenannten Hamsterlager in Stadt und Land für den allgemeinen Verbrauch zu beachten sind. Danach steht es im pflichtmäßigen Ermessen der Kommunalverbände als der eigentlichen Träger der Versorgungsregelung, unter Zuziehung des örtlichen Arbeiter- und Soldatenrats bezw. Bauernrats oder deren Beauftragten, ob sie nach Lage der örtlichen Verhältnisse glauben, auf solche Vorräte für Zwecke der Allgemeinheit zurückgreifen zu sollen. Tun sie es, so haben sie die Maßnahmen so durchzuführen, daß eine Verletzung berechtigter Interessen des einzelnen vermieden wird. Zu diesem Zwecke ist bestimmt, daß die Kommunalverbände zunächst mit einer Aufforderung zur freiwilligen Ablieferung und erst, wenn diese Aufforderung keinen Erfolg hat, mit Zwangsmaßnahmen vorgehen sollen. Besondere Rechtsgarantien sind für die Vornahme von Durchsuchungen geschaffen. Die Ablieferungspflicht darf nur auf die hauptsächlichsten der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegenden Gruppen von Lebensmitteln erstreckt werden. Sie darf aber auch nicht sämtliche Vorräte dieser Art umfassen, sondern den Eigentümern muß ein bestimmter angemessener Teil von jeder Art zur weiteren Verfügung belassen werden. Vorräte, die ohne Verletzung der geltenden Bewirtschaftungsvorschriften erworben sind (Ersparnisse aus behördlichen Zuteilungen und Hausschlachtungen, Erzeugnisse der Kleingartenwirtschaft und dgl.), dürfen keineswegs weggenommen werden. Für die abgelieferten oder zwangsweise in Anspruch genommenen Lebensmittel ist Vergütung in Geld zu gewähren, die sich im allgemeinen nach den am Orte geltenden Kleinhandelshöchstpreisen zu richten hat. Der Kommunalverband hat die von ihm auf diese Weise erlangten Vorräte zur Versorgung von Krankenhäusern und Lazaretten, für Massenspeisungen oder für sonstige gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

Kann ein Katholik Sozialdemokrat sein?

Die Revolution ist auch auf die Christlichen nicht ohne Einfluß geblieben. Die Arbeiterpresse konnte wiederholt berichten, daß einige Geistliche offen zur Sozialdemokratie übergetreten sind. In Breslau hat dies sogar ein katholischer Pfarrer getan. Um die Frage, ob ein katholischer Pfarrer Sozialdemokrat werden kann, offen zu klären, hat der Chefredakteur der Breslauer „Volkswacht", Paul Löbe, einen offenen Brief an den Fürstbischof von Breslau gerichtet. Darauf ist jetzt folgende Antwort eingegangen:

Auf die am 9. d. M. an den Hochwürdigsten Herrn Fürstbischof gerichtete Eingabe beehre ich mich im Auftrage des Herrn Fürstbischofs zu erwidern, daß es nicht üblich ist, daß Bischöfe sich zu Kundgebungen über prinzipielle politische Fragen durch „Offene Briefe" von Vorständen politischer Parteien bestimmen lassen. Was insbesondere den Diözesanen vom Bischofe mitzuteilen ist, pflegt auf anderem Wege zu geschehen. Einer Antwort auf den „Offenen Brief" bedarf es kaum, da genügend bekannt ist, welche Stellung die katholische Kirche einnimmt einerseits zu berechtigten Forderungen des sozialen Lebens und andererseits zu den von den sozialistischen Parteien den heiligsten Interessen der Kirche und dem Glaubensleben des katholischen Christen drohenden ernsten Gefahren.

Der fürstbischöfliche Generalvikar.
gez.: Blaeschke.

Die Antwort ist reichlich gewunden, läßt aber deutlich erkennen, daß der katholischen Kirche der etwaige Uebertritt von Geistlichen zur Sozialdemokratie nicht angenehm ist.

Schutz der polnischen Arbeiter in Deutschland.

Von der Liquidierungskommission des deutschen Soldatenrates in Warschau geht uns folgender Aufruf mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Die Liquidierungskommission des deutschen Soldatenrates Warschau hat am Tage der unter dem Druck der Verhältnisse erfolgten Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland der polnischen Arbeiterschaft das Versprechen gegeben, in Deutschland dafür einzutreten, daß die noch auf deutschem Boden befindlichen polnischen Arbeiter nicht unter der Trübung des Verhältnisses zwischen den Staaten zu leiden haben sollen. Der Beweggrund dieses Schrittes war, wie wir in dem Schreiben an die polnische Arbeiterschaft erwähnten, „daß für uns nur der Gedanke bestimmend sein darf, die wirtschaftlich Schwachen vor Nachteilen zu bewahren. Wir sehen in den Hilfsbedürftigen jeder Nation nur den Menschen, mit dem wir uns ohne Rücksicht auf Grenzen und Sprachverschiedenheit solidarisch fühlen." Der polnische Ministerpräsident Moraczewski hat von diesem Versprechen der Oeffentlichkeit in einer der polnischen Presse übermittelten Schilderung der politischen Lage Kenntnis gegeben. Wir bitten die deutsche Arbeiterschaft, insbesondere aber die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, im allgemeinen wie in jedem Einzelfall darüber zu wachen, daß die in Deutschland weilenden Angehörigen des polnischen Volkes, insbesondere die polnischen Arbeiter, nicht das Ziel gehässiger Angriffe oder wirtschaftlicher Benachteiligung werden. Die Zeit, in der Verstimmungen der Staatsbeziehungen den einzelnen fremden Staatsangehörigen vogelfrei machen und den Mächten nationalistischer Instinkte ausliefern, muß vorüber sein. Die Fragen, die zwischen Posen und Deutschland schweben, mögen von den beiderseitigen Regierungen geregelt werden; es liegt kein Grund vor — was auch geschehen möge — den einzelnen im fremden Land Wehrlosen darunter leiden zu lassen.

Ein Zeitungsverbot des Bremer A.- und S.-Rates.

Bremen, 24. Dezember. Das Erscheinen der „Weser-Zeitung" ist auf Grund des Schlußsatzes ihres Leitartikels „Anarchie oder Freiheit?" in der heutigen Mittagsausgabe vom Soldatenrat bis zum 27. Dezember einschließlich verboten worden. Die Zeitung hat gegen diese Verfügung bei der Regierung des Volksbeauftragten in Berlin Protest eingelegt.

Ein Protest gegen Tschechisierungsabsichten.

Der Vorstand des Mittelschlesischen Städtetages hat folgendes Telegramm an die Reichsregierung gerichtet:

Dem Vernehmen nach soll die Entente eine Abtrennung schlesischer Gebietsteile wie der Grafschaft Glatz und des Waldenburger Berglandes und ihre Einverleibung in den neu zu gründenden tschecho-slowakischen Staat beabsichtigen. Namens der dem Mittelschlesischen Städtetage angehörenden Städte dieser reindeutschen Gebiete protestieren wir energisch gegen eine etwaige Abtrennung und bitten, mit allen Mitteln dagegen zu wirken.

Lebensmittel für Deutsch-Oesterreich.

Wien, 24. Dezember. Nach einer Meldung des Wiener Telegr.-Korresp.-Bureaus aus Bern traten heute die Vertreter der Entente und Deutsch-Oesterreichs zu einer Beratung über die Lebensmittelversorgung Deutsch-Oesterreichs zusammen. Die Ententevertreter gaben dem Antrage auf sofortige Ausfuhr von 110 Waggons Lebensmittel als Vorschuß für Wien aus schweizerischen Beständen statt. Die ersten Waggons dürften bereits Donnerstag nach Wien abgehen.

Parteitag der tschechischen Sozialisten.

Wien, 27. Dezember. Nach dem „Neuen Wiener Tageblatt" beginnt morgen in Prag der dreitägige Parteitag der tschechischen Sozialisten. Ihre drei Fraktionen wollen gemeinsam entscheidenden Einfluß auf die Bildung der tschechisch-slowakischen Republik nehmen, um ihr ein sozialistisches Gepräge zu geben.

---

verschaffen; sie kann ihn schänden oder ehren; kann ihn einsperren, oder zum Richter über seinen bisherigen Untergebenen machen! Damit aber hat die Regierung ein fast unfehlbares Mittel, um — im Appell an die selbstverständliche Feigheit der großen Masse — unser ganzes öffentliches Leben zu korrumpieren.

Dieser Prozeß setzt sich auch nach unten hin weiter fort. Ich kenne z. B. Mitglieder der kaiserlichen Sozialdemokratie, die ihrer Gesinnung nach unbedingte Anhänger der Unabhängigen sind, sich aber nicht zu ihr bekennen, weil sie ihre Stellungen nicht verlieren wollen, die — dank der Praxis unserer Gerichte — die offizielle Partei immer noch zu vergeben hat. Die Franz Mehrings*), die lieber ihre geliebte Redakteurstellung aufgeben, ehe sie ihre Anschauungen modifizieren, sind ebenso selten wie die Karl Liebknechts, die um ihrer Ueberzeugung willen ins Zuchthaus gehen.

Wer aber ähnlich handeln wollte wie diese beiden Männer, wurde gar schnell stumm gemacht. Alle oppositionellen Elemente, die nicht sofort umlernten oder umzulernen vorgaben, sitzen heute hinter Gefängnismauern; so fehlen denn unserem öffentlichen Leben ganz naturgemäß alle Individualitäten, und jede Zeitung bringt, ohne mit der Wimper zu zucken, die Klischées der Regierung.

Durch dieses Versagen aller öffentlichen Institutionen — Zivilregierung, Parlament und Presse — hat der einzelne das Recht erworben zum Einzelkampf in die Schranken zu treten; er hat die Pflicht, das zu schützen, was des rechtmäßigen Schutzes entbehrt. Er hat diese Pflicht doppelt, wenn er gleich mir fest davon überzeugt ist, daß solche unerhörte Machtpolitik sein Land ebenso zugrunde richten wird, wie sie die Welt zugrunde gerichtet hat.

Wenn ich trotzdem vier lange, schwere Jahre hindurch gezögert habe, von diesem Rechte Gebrauch zu machen, so geschah es, weil ich darauf wartete, daß ein Berufenerer kommen würde. Ich hatte von niemandem Auftrag und glaubte meiner Pflicht zu genügen, wenn ich für mich persönlich jeden Kompromiß ablehnte. Das habe ich getan, und kein Wort und keine Handlung habe ich mir vorzuwerfen. Wenn ich mich in äußerlichen Dingen auch dem Zwange der Gewalt fügte — denn es war meine Absicht, nicht als Revolutionär zu siegen, sondern auf gesetzlichem Wege — so habe ich doch in keinem Augenblick auch nur den kleinsten Bruchteil meiner Gesinnung verleugnet und haben die Konsequenzen voll auf mich genommen.

Doch je länger ich wartete, desto mehr schwand die Hoffnung, daß der Berufene rechtzeitig käme; dazu kam, daß sich mählich die Zahl derer mehrte, die stürmischer und stürmischer von mir forderten, das zu sagen, was sie selbst — nicht zu sagen wagten: Gelehrte und Arbeiter, Soldaten und Offiziere.

Trotzdem hätte ich vielleicht doch bis zum Ende des Krieges geschwiegen und hätte meine Stellungnahme gegen die heutige deutsche Regierung bis dahin rein als Privatsache weiter behandelt. Denn der Krieg, der all unsere sittlichen Vorstellungen auf den Kopf stellt, läßt es uns fast wie eine Pflicht der Ritterlichkeit erscheinen, selbst das Böse zu schonen, solange es sich im Kampfe mit anderen befindet.

Ich weiß nicht, ob es mir aus eigener Kraft gelungen wäre, diese sentimentale Rücksichtnahme auf eine im Grunde unerlaubte Ritterlichkeit zu überwinden, wenn nicht die hohen Herren vom Militär durch rücksichtsloses Ueberspannen des Bogens mich jeder Wahl entbunden hätten: Keine Demütigung, die sie mir antun konnten, schien ihnen groß genug; sie wollten mehr! — Ich hatte mich allem Menschenmöglichen anbequemt, aber sie wollten das im wahren Sinne des Wortes Menschenunmögliche. Nachdem sie mir alles genommen, was das Leben an Aeußerlichem bietet, Ehre und Stellung, des Lebens Annehmlichkeiten und selbst seine Notdurft, da wollten sie das einzige, was mir geblieben war — da wollten sie mich zuguterletzt noch zwingen, meine Ueberzeugung Preis zu geben.

Damit war nun die Grenze erreicht, bis zu der ich schweigend zu gehen entschlossen und imstande war. Nach vier nutzlos verschwendeten Jahren mußte ich die Don-Quixoterie erkennen, die darin lag, im preußischen Militärstaat die Fiktion des Rechtsstaates aufrechterhalten zu wollen. Immer enger war der Raum geworden, in dem ich mich bewegen konnte; schließlich wollte man mir das letzte Brett, auf dem ich stand, wegziehen, und ich wäre ins Bodenlose gestürzt, wenn ich es auch dann nicht gewagt hätte, mich in die freie Luft sittlicher Selbstverantwortlichkeit zu erheben. Ich tat es, und so verließ ich den Staat, dem ich trotz alles Unrechtes, das er mir angetan, immer dankbar bleiben werde, denn durch seine Vermittlung und unter seinem Schutz habe ich das empfangen, was mich zum Menschen gemacht hat; Die Kultur der Welt, gesehen mit den weltweiten Augen eines Deutschen. —

Wenn ich mir aber das bewahren wollte, worin ich das Eigentümliche des deutschen Geistes sehe, die Fähigkeit das allgemein Menschliche zu sehen und zu lieben, so mußte ich gehen. Ich mußte das Deutsche Reich verlassen, weil ich glaube ein guter Deutscher zu sein.

*) Kautzky und Franz Mehring wurden bekanntlich von der offiziellen Partei mit Hilfe eines Gerichtsbeschlusses gezwungen, die von ersterem gegründete und seit vielen Jahrzehnten geleitete „Neue Zeit" fremden Händen zu übergeben. Diese „Inanspruchnahme" fremden geistigen Eigentums bedingte nicht nur seine geistige Isolierung, sondern auch eine schwere wirtschaftliche Schädigung.

Wandernde Pflanzen.

Die Hauptaufgabe aller Organismen ist es bekanntlich, die Fortpflanzung zu sichern, und die Natur schlägt, um diesen Zweck zu erreichen, oft geradezu raffinierte Wege ein. Seltsame und interessante Mittel hierzu finden sich bei einigen Pflanzen.

Der kleine Alpensteinbrech (Saxifraga Alpina), der hauptsächlich in Felsspalten wächst, entwickelt drahtähnliche Stengel von unglaublicher Länge, die sich vorwärtsschieben, bis sie eine Spalte mit geeignetem Erdboden erreichen. Dann dauert es nicht lange, bis Knospen und neue Pflanzen hervortreiben. Der alte Stiel stirbt gleichzeitig ab.

Die amerikanische Schlingpflanze (Scolopendium rhizophyllum) bringt massenhaft Wurzelfasern hervor, aus denen neue Pflanzen hervorgehen. Es ist nicht ungewöhnlich, daß man um die alte Pflanze einige zwanzig neue Schößlinge findet.

Eine kleine, zu den Liliengewächsen gehörige Pflanze, die sich in Japan findet, hat noch merkwürdigere Gewohnheiten. Wenn die Pflanze abgeblüht hat, treiben die Stengel weiter, bis sie so lang werden, daß sie durch ihr eigenes Gewicht abbrechen. Und während die alten Stengel verfaulen, treiben neue Schößlinge empor.

Eine Anzahl Gewächse, deren Früchte sich durch den Wind verbreiten, brechen buchstäblich in Stücke. Einige Arten der Mamillaria-Kaktusse umgeben sich mit neuen Sprossen. Wenn diese eine gewisse Größe erreicht haben, fallen sie von der Mutterpflanze ab und rollen über die Felsblöcke hinab, bis sie eine Felsspalte mit geeignetem Boden gefunden haben. Dort schlagen sie Wurzeln.

Die Kleinia articulata, die in Südafrika vorkommt, die „Lichtpflanze", hat runde, saftige Stengel, die durch dünne Fasern zusammengehalten werden. An windigen Tagen reißen die Fasern, kleine Teile von ihnen werden fortbewegt und vom Winde weitergetrieben. Fallen sie auf geeigneten Boden, so schlagen sie Wurzel.

Die Wahlen zur ungarischen Konstituante.

Budapest, 24. Dezember. Der Ministerrat beschloß die Ausschreibung der Wahlen für die Konstituante für die zweite Hälfte des Januar. Die Abstimmung erfolgt in großen Bezirken gleichzeitig auf mehrere Kandidaten nach dem Prinzip der Minoritätsvertretung. Um die Fertigstellung der Wählerlisten nicht abwarten zu müssen, wird das Stimmrecht auf Grund provisorischer Legitimationen ausgeübt werden.

Beßarabien zu Rumänien.

Jassy, 26. Dezember. (Havasmeldung.) Die beßarabische Nationalversammlung hat die Vereinigung Beßarabiens mit Rumänien ohne Vorbehalt hinsichtlich einer Autonomie beschlossen in der Annahme, daß das künftige Groß-Rumänien eine reine Demokratie sein werde.

Verhandlungen über Marokko und Gibraltar.

Genf, 27. Dezember. Der „Petit Parisien" bestätigt im Anschluß an eine Erklärung des Madrider „Epoca", daß die Besprechungen, die der spanische Ministerpräsident Romanones in Paris mit Clemenceau und Wilson hatte, sich auf Marokko und Gibraltar bezogen.

Vom belgischen Partei-Kongreß.

Brüssel, 25. Dezember. Der belgische Sozialistenkongreß, der heute morgen zum erstenmal seit vier Jahren zusammentrat und bei dem etwa 1000 Delegierte anwesend sind, beschloß, zuerst die innere Parteipolitik und sodann die internationale Politik zu besprechen. — Minister Vandervelde las den Bericht über die öffentliche Lage vor und wiederholte, unter welchen Bedingungen der Generalrat die Mitwirkung von Parteidelegierten im Einigungsministerium gebilligt habe, insbesondere das allgemeine Wahlrecht, die Abschaffung von Artikel 310 des Strafgesetzbuchs, das Recht der Syndizierung für alle Polizeiagenten, die Mitwirkung der Parteidelegierten am ökonomischen Wiederaufbau des Landes. Der Minister gab sodann Kenntnis vom Programm der Regierung, das ein Programm der Einigung sei.

Aus der Partei.

Hanau, 27. Dezember. (Drahtbericht der „Freiheit"). Auf der hier stattgefundenen Generalversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie wurde folgender Antrag einstimmig beschlossen:

„Die am 25. Dezember von 67 Vertretern besuchte Generalversammlung der U. S. P. des Wahlkreises Hanau—Gelnhausen—Orb ersucht den Parteivorstand umgehend, einen Parteitag einzuberufen, um zu beraten, ob die Genossen der U. S. P. noch mit den Mehrheitssozialisten in einer Regierung zusammensitzen können."

Als Kandidaten zur Nationalversammlung wurden die Genossen Dr. Wagner und Beckenbach (Dörnigheim), zur Landesversammlung Genosse Fritz Schnellbacher einstimmig gewählt.

Das Entweder — [illegible]

Eine Antwort.

Von Ed. Bernstein.

Die Redaktion der „Freiheit" schreibt, ich werde für meinen Entschluß, beiden sozialdemokratischen Fraktionen beizutreten, bei meinen Parteigenossen von der U. S. P. wenig Verständnis finden. Es ist das wohl möglich, denn er ist in Deutschland etwas ganz Ungewöhnliches. Aber ungewöhnlich ist auch die Lage, in der die Sozialdemokraten Deutschlands zur Zeit sich befinden. So ungewöhnlich, daß ein Heraustreten aus dem alten Geleise der Parteischablone zur Notwendigkeit wird.

Dies gilt ganz besonders von der Unabhängigen Sozialdemokratie. Durch den Eintritt von drei ihrer Vertreter in die Regierung der Republik und die Annahme von Regierungsämtern von seiten anderer ihrer Mitglieder sieht sie sich zur Mitarbeit an der Befestigung der Republik verpflichtet und hat sie die Mitverantwortung zu tragen für die Gestaltung des politischen, wirtschaftlichen und allgemein-sozialen Lebens im Republik gewordenen Deutschland. Mit den Mehrheitssozialisten, von denen das Gleiche gilt, trägt sie gemeinsam die Verantwortung für denjenigen Grad von Sicherheit und Ordnung, der unerläßlich ist, soll die schwere wirtschaftliche Notlage, in der sich Deutschland zur Zeit befindet, nicht bis zur Unerträglichkeit gesteigert werden. Das weist sie auf ein möglichst kollegialisches Zusammenarbeiten mit den Vertretern der Mehrheitssozialisten in Regierung und Regierungsämtern hin. Organisatorisch aber ist sie mit der Spartakuspartei verbunden, welche eine Politik verfolgt, die das Gegenteil davon bedeutet und, konsequent fortgesetzt, zum blutigen Bürgerkrieg mit unvermeidlicher weiterer Zerrüttung des Wirtschaftslebens hintreiben muß.

Das ist ein unhaltbarer innerer Widerspruch. Fast täglich verkündet es den Leitern der U. S. P. mit Hohn und Spott das Organ der Spartakuspartei und holten es ihr mehr oder minder eindringlich die Organe der Mehrheitssozialisten vor. Der politischen Tätigkeit der Partei geht das wichtigste Element propagandistischer Wirkung verloren: die Kraft der Ueberzeugung von ihrer Realität. Die Führer der Partei sind gezwungen, abwechselnd gegen rechts oder links sich zu wenden, und ihre Mitgliedschaften führen an verschiedenen Orten den Kampf in entgegengesetzter Richtung. Hier stellen sie sich grundsätzlich auf den Boden der Einberufung der Nationalversammlung und dort erklären sie dieser von vornherein den Krieg, hier schließen sie Verträge mit den Mehrheitssozialisten zum Kampf auf Grund gemeinsamer oder verbundener Kandidatenlisten, uns dort erklären sie, unter keinen Umständen mit jenen zusammengehen zu wollen.

Wohin soll das führen?

Der geschilderte Gegensatz bringt nicht nur Mitgliedschaft gegen Mitgliedschaft in Widerspruch, er hat auch beständige innere Reibungen im Schoße der Mitgliedschaften selbst zur Folge und züchtet fortwährend die seltsamsten Auswüchse. In weiten Kreisen desjenigen Teils der Arbeiterschaft, der in der Unabhängigen Arbeiterschaft bisher seine Partei sah, empfindet man den Widerspruch tief, und verschiedentlich hat er schon zur Abwanderung aus den Reihen der Partei geführt. Dauert er fort, so scheint mir eine Zerreibung der Unabhängigen Sozialdemokratie unabwendbar. Sie wird außer Stande gesetzt, diejenige wichtige, politische Mission zu erfüllen, die ihr heute noch obliegt. Soll das nicht eintreten, so muß sie eine bestimmtere Stellungnahme wählen. Sie muß entweder den bisher stillschweigenden Vertrag mit den Mehrheitssozialisten befestigen, was zur logischen Folge die Aufkündigung des Bündnisses mit der Spartakuspartei bedingt, oder sie muß jenen ersten Vertrag zerreißen und mit der Spartakuspartei gemeinsame Sache machen.

Für mich kann nur das Erstere in Frage kommen. Auch selbst indirekt kann ich unter keinen Umständen eine Mitverantwortung für die Politik der Spartakuspartei übernehmen, da es für mich ganz außer allem Zweifel steht, daß, wenn sie in der Sozialdemokratie bestimmenden Einfluß erhielte, sie unser Volk in noch größeres Unheil stürzen würde als die Politik der Bolschewisten es über Rußland gebracht hat. Wer etwas von Volkswirtschaft versteht, kann sich darüber keinen Täuschungen hingeben. Will die Unabhängige Sozialdemokratie sozialdemokratische Partei bleiben, statt mit der Spartakuspartei eine Diktatur des Proletariats zu betreiben, die weder den Anforderungen der Demokratie entsprechen noch das Proletariat Deutschlands auch nur annähernd in seiner Gesamtheit umfassen würde, dann muß sie den andern Weg wählen und in ein bestimmteres Verhältnis zur Partei der Mehrheitssozialisten treten.

Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, die einer solchen Stellungnahme zur Zeit noch entgegenstehen. Sie verlangt von unseren Genossen an verschiedenen Orten ein Hinwegsetzen über Vorkommnisse, die tief in ihrer Erinnerung haften und gegen deren Ausläufen aus dem Gedächtnis als vergessenswerte Dinge sich ihr ganzes sittliches Empfinden aufbäumt. Und sie stößt auf die große sachliche Schwierigkeit, daß führende Vertreter der Mehrheitssozialisten sich noch immer nicht entschließen können, ihrerseits durch die von ihnen während des Krieges beobachtete Haltung in Fragen der auswärtigen Politik und was damit zusammenhängt jenen dicken Strich zu machen, der nach Ansicht der unabhängigen Sozialdemokratie unbedingt gezogen werden muß, wenn Deutschland zu einem Frieden kommen soll, bei dem es nicht in ewige Schuldknechtschaft gerät.

Aber die Gefahr, in der sich Deutschland befindet, ist so gewaltig und mit ihr die Verantwortung unserer Partei so groß, daß die Entscheidung nicht mehr lange aufgeschoben werden kann. Wo so viel für unser Volk auf dem Spiele steht, heißt es nur nach vorwärts und nicht nach rückwärts blicken. Da müssen jene vorerwähnten Empfindungen ganz zurücktreten. Der fehlerhaften Auslandspolitik der Mehrheitssozialisten aber, die übrigens in deren eigenen Reihen zunehmend als verderblich erkannt wird, kann von uns auch bei einer engeren Verbindung mit ihnen mit Erfolg — wahrscheinlich sogar gerade dann um so erfolgreicher — entgegengewirkt werden.

Indes weder in der Parteileitung der U. S. P. noch in der Leitung der Berliner Organisation der U. S. P. ist zur Zeit eine Mehrheit für eine Entscheidung in diesem Sinne vorhanden. Wohl aber besteht ein Verlangen danach, wie ich mich überzeugt habe, bei einem Teil gerade des soliden Elements unserer Arbeiterschaft. Arbeiter, mit denen ich nie derber Beziehung habe, haben sich mit der Bitte an mich gewandt, in diesem Sinne propagandistisch tätig zu sein. Sie haben mir versichert, daß bei ihren Kollegen in der Werkstatt der Wunsch, daß etwas derartiges geschehe, stark verbreitet ist. Nicht ausschließlich, aber mit aus diesem Grunde habe ich mich zu dem jetzt getanen Schritt entschlossen. In Deutschland neu, ist es in der sozialistischen Welt anderer Länder keineswegs unerhört, daß Sozialisten erklären, die Einheit der Bewegung über den Parteistreit zu stellen und, ohne damit auf eine sehr bestimmte Stellungnahme zu den sachlichen Streitfragen zu verzichten, organisatorisch beiden Fraktionen sich anschließen, wie ich dies jetzt getan habe. Es ist von mir in gewissem Sinne ein symbolischer Akt, damit zugleich aber auch ein Bekenntnis. Wir haben für die Weiterentwicklung der Republik zwischen zwei grundverschiedenen Methoden sozialistischer Politik zu wählen, und meine Wahl ist endgültig getroffen.

Gewerkschaftliches.

Die Angestellten des Schuhwarenhauses Dorndorf sind am 24. Dezember in den Ausstand getreten, weil der Inhaber der Firma es ablehnte, über die Forderungen der Angestellten zu verhandeln und seinen Standpunkt dahin präzisierte, daß er sagte, er weiche nur der Gewalt. Die Angestellten sehen sich daher zur Arbeitsniederlegung veranlaßt."

Groß-Berlin.

Demokritos.

Auf diesen Theaternamen hört ein humoristischer Zeichner, der im „Wintergarten" die Zeitgenossen zu belustigen, trösten, aus flotter Hand fließen seine Kreidelinien. Auch am Nachmittag des 2. Feiertages übte er sein Handwerk, bis die Besucher des Etablissements es ihm legten. Er glaubte sich folgenden Scherz leisten zu dürfen. Auf seiner Tafel zeichnete er ein Ehebett nebst Insassen und ein Nachtgeschirr daneben mit dem Sprößling der schlummernden Eheleute darauf. Das ließ sich das Publikum trotz seiner Freiheit noch geduldig gefallen. Als der Mann jedoch zu dem Ehebett die Erläuterung „Familie Liebknecht" und zum Nachttopf benutzenden Sprößling „Spartakus" schrieb, erhob sich die Mehrheit der Besucher und protestierte mit stürmischen Zurufen gegen den „Humor" des Demokritos. Der war auf so gewaltigen Beifall nicht gefaßt und trat bleichen Antlitzes den Rückzug an. Auf den Tribünen und in den Logen saßen stumm die „vornehmeren" Besucher des Wintergartens.

Das Etablissement wird von zahlreichen Arbeitern besucht. Hat die Direktion das Programm ihres Demokritos gekannt und glaubt sie, einen großen Teil der Besucher des Wintergartens diese Herausforderung bieten zu können? Oder ist es gar ihre Absicht, die Arbeiterschaft zu verletzen, um sie vom Wintergarten fernzuhalten? Sie braucht es nur zu sagen.

Maschinengewehre im Café „Vaterland".

Im Gebäude des „Café Vaterland" wurden, wie der „Vorwärts" vom Polizeipräsidium erfahren haben will, am Donnerstagnachmittag fünf schwere schußbereite Maschinengewehre beschlagnahmt, die sich im fünften Stockwerk des Gebäudes befanden, ferner 150 Gewehre. Der Wirt behauptet, nicht zu wissen, wer die Waffen dorthin gebracht hat. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Kandidatenlisten anderer Parteien.

Die Provinzialkonferenz der Mehrheitssozialisten im Regierungsbezirk Potsdam hat für die Wahlen zur Nationalversammlung folgende Kandidatenliste aufgestellt: 1. Rudolf Wissell, Zentralarbeitersekretär; 2. Marie Juchacz, Parteisekretärin; 3. Otto Sidow, Stadtverordneter, Brandenburg; 4. Emil Stahl, Stadtverordneter, Spandau; 5. Hermann Müller, Zentral-Arbeitersekretär, Lichtenberg; 6. Ferdinand Ewald, Stadtverordneter; 7. Adolf Wuschick, Metallarbeiter; 8. Anna Simon, Sekretärin, Brandenburg; 9. Bernhard Bruns, Stadtverordneter; 10. Wilhelm Siering, Gewerkschaftssekretär.

Für die preußischen Wahlen wird die nachstehende Liste präsentiert: 1. Otto Braun, Parteisekretär; 2. Conrad Haenisch, Schriftsteller; 3. Willy Jahnke, Metallarbeiter, Spandau; 4. Bernhard Bruns, Stadtverordneter, Berlin; 5. Friedrich Beinkämpen, Gewerkschaftsangestellter, Brandenburg; 6. Wilhelm Siering, Gewerkschaftssekretär; 7. Hermann Müller, Parteisekretär; 8. Adolf Wuschick, Metallarbeiter; 9. Karl Hetzschold, Gewerkschaftsangestellter; 10. Anna Simon, Sekretärin, Brandenburg; 11. Gustav Fielitz, Kassierer, Pelten; 12. Max Seiler, Arbeitersekretär, Luckenwalde; 13. Karl Priefert, Gewerkschaftsangestellter, Rathenow; 14. Philipp Zopf, Buchdrucker, Eberswalde; 15. Richard Schulz, Stadtverordneter, Prenzlau.

Von der Deutschdemokratischen Partei wurden für den Wahlkreis Potsdam 10 (Teltow, Beeskow, Charlottenburg) für die Nationalversammlung als Kandidaten aufgestellt: 1. Staatssekretär a. D. Bernhard Dernburg, 2. Hauptschriftleiter Otto Ruschke, 3. Frau Elli Häuß-Knapp, 4. Privatangestellter E. Richard Schubert, 5. Gemeindevorsteher Gustav Mosig, 6. Lokomotivführer Grundel, 7. Buchdrucker Max Roß, 8. Frau Regine Deutsch, 9. Stadtverordneter Architekt Carl Wengle.

Raubbau an kleinen Wohnungen.

Mit Bezug auf den unter obiger Ueberschrift in Nr. 73 der „Freiheit" abgedruckten Artikel wird uns noch mitgeteilt, daß auch die Aktiengesellschaft im Osten Berlins zwei Wohnhäuser angekauft und sämtlichen Mietern, soweit sie nicht schon die Wohnungen geräumt haben, zum 1. April 1919 gekündigt hat. Die Gesellschaft läßt in den Häusern Behmestraße 16 und 19, die erst im Jahre 1902 erbaut sind, aus den Wohnungen die Zwischenwände entfernen und erstere zu Bureauzwecken einrichten. Es kommen etwa 50 Wohnungen in Frage, in der Mehrzahl Zwei- und Dreizimmerwohnungen.

Geschehen denn alle diese Umbauten mit Wissen der Wohnungskommission? Angesichts der herrschenden Wohnungsnot muß dem entschieden entgegengewirkt werden. Die Zeiten, wo man sich kraft seines Geldsacks über die Interessen seiner Mitmenschen kaltblütig darüberwegsetzen konnten, sollten doch nun vorbei sein."

Eine Richtigstellung.

Wir werden von zuverlässiger Seite darauf aufmerksam gemacht, daß die in einem Versammlungsbericht ausgesprochene Vermutung, daß Herr Hans Vorst in seiner Stellungnahme gegen den Bolschewismus „kapitalistisch beeinflußt" sei, den Tatsachen nicht entspricht und ein Zweifel an der Integrität des Herrn Vorst völlig unbegründet wäre.

Eine Vertrauensmännerkonferenz der Staatsbetriebe in Spandau (U. S. P.) findet am Sonnabend, den 28. Dezember, nachm. 2 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 12 (am Hackeschen Markt) statt.

Doppelmord und Selbstmordversuch. Aus Eifersucht hat der 38 Jahre alte österreichische Arbeiter Rudolf Silenski seine in der Ackerstraße wohnende Geliebte, Frau Grickschat, und deren 5 Jahre alten Sohn Herbert durch Oeffnung der Gashähne in der Wohnung ums Leben gebracht. S. selbst wurde noch lebend aufgefunden und ins Krankenhaus gebracht. Grund zu der Tat ist, daß Frau G. zu Bekannten geäußert haben soll, sie werde einen anderen heiraten. Das hatte S. erfahren, und er beschloß, mit der Geliebten und dem Kinde aus dem Leben zu scheiden.

Großfeuer beschäftigte heute früh die Berliner Feuerwehr stundenlang an der Burgstraße und Neuen Promenade, wo nachts um 1 Uhr das bekannte Bürohaus in Flammen stand. Der Brand wurde erst bemerkt, als dichte Rauchschwaden vermischt mit Flammen und Funken aus dem Dache emporschlugen. Als die ersten Löschzüge an der Brandstelle ankamen, hatte der Brand schon eine große Ausdehnung erlangt. Der Dachstuhl des ausgedehnten Bürohauses ist zum größten Teil niedergebrannt. Der Schaden soll ganz bedeutend sein. Die Entstehungsursache war noch nicht zu ermitteln.

Von Sicherheitsbeamten in der Notwehr erschossen wurde gestern der 41 Jahre alte Maurer Max Brunke aus der Schwedter Straße 236a. Brunke pflegte sich mehr bei seiner Geliebten in der Kremmener Straße 15 als zu Hause aufzuhalten. Auch gestern abend kam er wieder zu ihr. Schwer betrunken fing er sofort Streit mit ihr an, mißhandelte sie schwer und drohte ihr, daß er sie erschießen oder erstechen werde. Der fürchterlich lärmende Auftritt erregte die Aufmerksamkeit von Hausbewohnern. Sie riefen die Sicherheitspolizei zu Hilfe. Diese versuchte den Wütenden zu beruhigen, erreichte aber nur, daß er auch auf sie mit dem Messer eindrang. In der Notwehr griff einer der Beamten zur Schußwaffe und streckte den Angreifer nieder. — Angeschossen wurde von einem Sicherheitsbeamten ein Einbrecher in der Neuen Königstraße. Eine Patrouille traf dort eine Menschenmenge, die einen Einbrecher verfolgte. Ein Sicherheitssoldat rief den Fliehenden an: „Halt oder ich schieße!" Der Einbrecher hörte nicht darauf und lief weiter und erhielt einen Schuß quer durch die Schulter. Jetzt fiel er hin. Man brachte ihn zu einem Arzt und dann als Polizeigefangenen nach der Charité. Es ist ein wohnungsloser „Arbeiter" Franz Fred, der bei einem Einbruch in der Linienstraße auf frischer Tat überrascht worden war.

Aus den Organisationen.

Neukölln-Ost. Der unabhängige Wahlverein des Ortes hatte zum 23. Dezember eine öffentliche Volksversammlung einberufen. Genosse Mahler-Berlin referierte über das Thema: „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland." Der Redner ging ins Gericht mit den Schuldigen und Mitschuldigen am Kriege, geißelte die alte Regierung, den Militarismus, den Kapitalismus, die bürgerlichen Parteien, die Scheidemänner und deren volksverräterische Tätigkeit in der Politik und Presse, sowie ihr Verhalten in den letzten inneren Kämpfen. Aus dieser Erkenntnis der Notwendigkeit zu folgen, keinen Schritt jenen falschen Führern nachzufolgen, dem entschiedenen Kampf im Sinne der U. S. P. D. bei den kommenden Wahlen und hinfort sich zu stellen, empfahl die Ermahnung an die Versammelten. Heil zur U. S. P. D., ablehnend gegen die führenden Scheidemänner, offene Arme und bereit, eine proletarische Kampflinie baldigst wiederherzustellen, begrüßte die Versammlung mit stürmischem Beifall. Das bisher Erreichte auszubauen im Sinne einer wahrhaften sozialistischen Republik, für die kommenden Wahlen mit allen Kräften der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu wirken, unter Ablehnung einer Listenverbindung mit den Scheidemännern, stimmt die Versammlung zu. In der Diskussion sprachen sich alle Redner zustimmend aus. Zum Ausdruck wurde gebracht, daß die Politik der Partei klarer und einheitlicher hervortreten müsse, es dürfe keine Verschmelzung mit den Regierungssozialisten — mit deren Führern —, wohl aber mit den irregeführten Massen stattfinden. Daß eine Einigung nach links kommen und gefördert werden müsse, wird mehrfach betont. Die Versammlung nahm einen guten Verlauf. Gegner meldeten sich nicht. Neuaufnahmen wurden vollzogen.

Friedrichshagen. Die Parteimitglieder der U. S. P. werden darauf hingewiesen, daß am Sonnabend, den 28. Dezember, abends 7 Uhr, in der Aula des hiesigen Gymnasiums eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattfindet. Da die Tagesordnung sehr dringende Fragen behandelt, darf kein Mitglied fehlen.

Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.